

Anlage zu TOP 11.1



Sozialdemokratische Fraktion im Rat der Stadt

Meerbusch

An den  
Bürgermeister der Stadt Meerbusch

Herrn Dieter Spindler  
Postfach 1664

40641 Meerbusch

Bommershöfer Weg 2-8  
40670 Meerbusch

Telefon: 02159 / 91 12 69

Telefax: 02159 / 91 13 69

e-mail: [SPD-Meerbusch@t-GMX.de](mailto:SPD-Meerbusch@t-GMX.de)

internet: [www.spd-meerbusch.de](http://www.spd-meerbusch.de)

24. Januar 2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister

namens und im Auftrag der SPD-Fraktion möchten wir Sie bitten, folgende Anfrage in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses der Tagesordnung zu behandeln.

Wir bitten Sie, diese Anfrage an alle Ausschussmitglieder weiterzuleiten.

Für Ihre Bemühungen bedanken wir uns in Voraus.

Handwritten signature of Ilse Niederdellmann in black ink.

Ilse Niederdellmann  
Fraktionsvorsitzende

Handwritten signature of Jürgen Eimer in black ink.

Jürgen Eimer  
stellv. Vorsitzender



Sozialdemokratische Fraktion im Rat der Stadt

*Meerbusch*

## Lärmschutz in Meerbusch

**Die SPD-Ratsfraktion bittet um umfassende Informationen der Verwaltung zum Thema Lärm.**

Welche konkreten Aktivitäten und / oder Maßnahmen wurden im letzten halben Jahr in Angriff genommen, um den Lärmschutz in Meerbusch zu verbessern?

Hat es Forderungen für die **Autobahnen** gegeben, um Lärmlücken zu schließen oder vorhandenen Lärmschutz zu verbessern? Welche Aussagen werden vom Bundesverkehrsministerium und Straßen NRW gemacht? Welche Möglichkeiten der Lärmschutzerweiterungen bestehen für die Stadt Meerbusch? Werden regelmäßig Gespräche geführt oder Anfragen gemacht und die berechtigten Interessen dargelegt?

Hat es Forderungen für die Schienenwege und Fahrzeuge der **Deutschen Bahn** gegeben? Welche Aussagen wurden von der Deutschen Bahn gemacht? Welche Möglichkeiten der Lärmschutzerweiterung bestehen für die Stadt Meerbusch? Werden regelmäßig Gespräche geführt oder Anfragen gemacht und die berechtigten Interessen dargelegt?

Hat es Forderungen für den Bereich der durch den **Luftverkehr** beeinträchtigten Stadtgebiete dem Flughafen Düsseldorf oder anderen Einfluss nehmenden Stellen gegenüber gegeben? Welche Aussagen wurden vom Flughafen Düsseldorf und den Ministerien gemacht? Welche Aussagen wurden gegenüber der Stadt Meerbusch in Bezug auf das Nachtflugverbot gemacht? Welche Möglichkeiten der Lärmschutzerweiterung bestehen für die Stadt Meerbusch? Werden regelmäßig Gespräche geführt oder Anfragen gemacht und die berechtigten Interessen dargelegt?

Hat es Forderungen für die Schienenwege und Fahrzeuge der **Rheinbahn** gegeben? Welche Aussagen wurden von der Rheinbahn gemacht? Welche Möglichkeiten der Lärmschutzerweiterung bestehen für die Stadt Meerbusch? Werden regelmäßig Gespräche geführt oder Anfragen gemacht und die berechtigten Interessen dargelegt?

Werden regelmäßig die **Straßen**, insbesondere die Durchgangsstraßen, auf eine zunehmende Lärmbelastung überprüft? Werden der Kreis und andere Behörden mit einbezogen? Welche Aussagen werden dazu von den Beteiligten gemacht? Welche Möglichkeiten der Lärmschutzerweiterung bestehen für die Stadt Meerbusch? Werden regelmäßig Gespräche geführt oder Anfragen gemacht und die berechtigten Interessen dargelegt?

**Wir bitten zu allen Bereichen um umfassende Information.**

Vorsitzende: Ilse Niederdellmann, Unter'm Kurhut 6, 40667 Meerbusch, Tel. 02132/73777  
Stellvertreter: Jürgen Eimer, Comeniusstr. 1, 40670 Meerbusch, Tel. 02159/50596  
Stellvertreter: Georg Neuhausen, Rilkestr. 38, 40668 Meerbusch, Tel. 02150/70807



Sozialdemokratische Fraktion im Rat der Stadt

*Meerbusch*

**Begründung:**

In besonderem Maße werden die Menschen in Meerbusch durch die immer weiter ausgedehnte Infrastruktur belastet. Lärm ist neben der Luftbelastung eine herausragende Emission, die auf den Menschen wirkt. Da das Gehör nicht abgeschaltet werden kann, ist das eine Belastung, die nur durch Reduktion der Emission oder Abschirmung von Immission verringert werden kann. Neue Techniken werden oft aus Kostengründen nicht oder nicht zügig genug eingesetzt. Da einzelne Bürger/innen nur schwerlich ihre berechtigten Interessen durchsetzen können, muss die Stadt hier ihre Einflussmöglichkeiten in allen Ebenen gegenüber allen Verursachern und Entscheidungsträgern geltend machen und zwar regelmäßig und mit dem nötigen Nachdruck.

Es soll nicht der Eindruck erweckt werden, dass wir uns gegen jegliche Form von Verkehr und deren Belastungen wenden. Es gibt wirtschaftliche und private Interessen, die den Verkehr notwendig machen. Aber die Belastungen müssen in einem erträglichen Maß gehalten werden und alle möglichen technischen und rechtlichen Maßnahmen müssen zum Schutz der Bürger angewendet werden.